

Steht die Raumordnung vor dem Aus?

REAKTIONEN Die Gegner freut das Ergebnis vom Sonntag, die Regierung der Oberpfalz stellt es nun vor ein verfahrenstechnisches Problem.

VON STEFAN WEBER

LAM. Am Tag nach dem Bürgerentscheid in Lam, der bei einer fast 80-prozentigen Beteiligung mit einem sehr eindeutigen Ergebnis von rund 85 Prozent dem Marktrat ein klares „Nein“ als Stellungnahme zum geplanten Pumpspeicherwerk „Johanneszeche“ auf dem Osser vorgegeben hat, ist die Stimmung vor allem bei den Gegnern des Projektes gut. Die wirklich entscheidenden Vorgänge spielen sich seit Montagmorgen aber in der Regierung der Oberpfalz in Regensburg ab. Denn wie Dr. Robert Feicht von der Pressestelle der Regierung auf Nachfrage erklärt, ist der Abschluss des bereits begonnenen Raumordnungsverfahrens derzeit nicht mehr sicher.

Es gibt drei Optionen

Im Zuge des Verfahrens sollte anhand der Stellungnahmen verschiedener Fachstellen und der betroffenen Gemeinden geklärt werden, ob das Projekt generell durchführbar sei. Um die Meinung der Bürger einzuholen, hatte der Markt Lam das Bürgerbegehren initiiert. Auch aufgrund der Eindeutigkeit des Ergebnisses hatte die Kirche als größter Grundstückseigner rund um den Bereich des geplanten Oberbeckens nahe der Osserwiese und entlang der Leitung hinunter nach Engelshütt noch am Sonntagabend erklärt, nicht verkaufen zu wollen.

Und hier kommt die Regierung ins Spiel: Denn während Amir Roughani, einer der Geschäftsführer der Planungsfirma Vispiron, noch am Sonntag davon ausging, dass der Rückzug der Kirche keine Auswirkungen auf das laufende Raumordnungsverfahren haben würde, ist sich Dr. Feicht da nicht ganz so sicher. Da es derzeit keinen Grund mehr gebe, auf den das Pumpspeicherwerk gebaut werden



Rund um die Osserwiese war das Oberbecken für das Pumpspeicherwerk „Johanneszeche“ geplant.

Foto: Archiv

könnte, handle es sich um eine „faktische Nicht-Durchführbarkeit“. Die offizielle Stellungnahme der Regierung zu diesem Thema lautet deshalb: „Wir prüfen derzeit, ob die Firma Vispiron einen Anspruch auf die Weiterführung hat“, sagt Dr. Feicht. „Es geht darum, ob das Raumordnungsverfahren weitergeführt, ausgesetzt oder beendet wird.“

Alternativ-Standort fehlt

Geht es nach den Mitgliedern der Schutzgemeinschaft Osser, ist das keine Frage. „Wieso sollte etwas geprüft werden – was Geld kostet – wenn es gar nicht durchführbar ist“, meint etwa Paul Winterstetter, Gründungsmitglied des Aktionsbündnisses gegen ein Pumpspeicherwerk am Osser, aus dem die Schutzgemeinschaft hervorgegangen ist. Derselben Meinung ist auch Erwin Pfeffer, stellvertretender Vorsitzender des Schutzbündnisses am Montag. „Das würde jetzt ein Haufen Steuergelder kosten“, sagt er.

Er will sich aber noch nicht darauf verlassen, dass die Regierung das Verfahren einstellt und sagt deshalb: „Wir von der Schutzgemeinschaft sind gut aufgestellt.“ So werde man vonseiten der Schutzgemeinschaft auf alle Gutachten reagieren, die der Regierung vorliegen, sagt er. Hoffnung auf eine baldige Einstellung hat er dennoch aus anderen Gründen zusätzlich: denn für das Pumpspeicherwerk werde nicht nur Grund der Kirche benötigt, sondern – im Leitungsbereich – auch der Gemeinde Lam. Die könne nach dem Entscheid vom Sonntag aber per Beschluss nichts mehr zur Verfügung stellen.

Dass Vispiron auch schon einen anderen Standort für das Oberbecken auf der Brandwiese und für das Unterbecken in Nähe des Kolpinghauses in Lambach hatte, macht ihm auch wenig Sorgen: „Denn unten gehört der Grund wieder der Kirche, und die hat ja schon Nein gesagt.“ Insgesamt sei die Abstimmung ein „großer Erfolg“.

Ähnlich sehen das Umweltverbände im Landkreis. „Mit großer Freude reagierte ÖDP-Kreisvorsitzender Sepp Riederer, der zugleich stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft Energielandkreis-Cham ist, auf das Ergebnis des Bürgerentscheids Pumpspeicherkraftwerk Johanneszeche am Osser“, heißt es in einer entsprechenden Pressemitteilung. Das sei „ein Gewinn für die Menschen vor Ort, für den Erhalt der herrlichen und einzigartigen Landschaft sowie für eine dezentrale Energiewende“.

Der Bund Naturschutz schreibt: „Die Ablehnung des PSW am Osser zeigt, dass die Bürger nicht bereit sind, ihre Heimat für nicht begründete Investorenprojekte zu opfern, die mit Argumenten der Energiewende durchgesetzt werden sollen, aber mit einer ökologisch-sozialen Energiewende nichts zu tun haben“, so der BN-Vorsitzende Hubert Weiger, der die Regierung auffordert, das Raumordnungsverfahren einzustellen.